

Christiane Richter/Torsten Kupfer/Jürgen Danyel

Wer gehört zum deutschen Widerstand?

Die Kontroverse um die Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Umfeld
des 50. Jahrestages des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944
im Spiegel der zeitgenössischen Presse

Einführung

Jahrestage, Gedenkreden hochrangiger Politiker und Staatsrepräsentanten, der Umgang mit Denkmälern oder die massenwirksame museale Inszenierung von Geschichte wirken als eine Art Katalysator für die in einer Gesellschaft vorhandenen unterschiedlichen Geschichtsdeutungen. Wegen der beachtlichen Wirkung, die von solchen Anlässen für die Formierung des Geschichtsbewußtseins breiterer Schichten ausgeht, werden die ansonsten eher latent vorhandenen unterschiedlichen Geschichtsinterpretationen häufig zum Gegenstand offener politischer Kontroversen. Was normalerweise an Historische Kommissionen und parteinahe Stiftungen delegiert oder der Historiographie überlassen wird, bestimmt plötzlich Politikerinterviews, füllt die Spalten großer Tageszeitungen und wird zum Gegenstand von Talkshows. Über Geschichte soll gerade auch an politischen Gedenktagen nationale Identität und die politische Identifikation mit einem bestimmten politischen System gestiftet werden. Politische Gruppen verweisen auf ihre historischen Wurzeln, um die Bindungen ihrer Anhänger an bestimmte Ideen und Ziele zu verstärken oder werben so um eine größere Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Politiker betrachten Jahrestage und Denkmalseinweihungen als Chance, das in der Gesellschaft vorhandene widersprüchliche Spektrum an Geschichtsbildern und subjektiven Geschichtserfahrungen in ein kollektives Geschichtsbewusstsein zu transformieren und versprechen sich davon eine integrierende und stabilisierende Wirkung für das politische Gemeinwesen. Gesellschaftliche Minderheiten und Randgruppen sehen in Gedenktagen und damit verbundenen Debatten eine Möglichkeit, ihre sozialen und politischen Interessen sowie ihre historischen Erfahrungs- und Traditionsbestände in einer größeren und eher sensibilisierten Öffentlichkeit darzustellen.

Nur selten lassen sich solche politischen Konflikte um historische Ereignisse administrativ oder politisch hegemonial lösen (obwohl dies immer wieder versucht wird). Vielmehr zeigt sich an der Art, wie solche Konflikte ausgetragen, ausgehalten und welche Lösungsangebote für sie offeriert werden, die Lebendigkeit einer politischen Kultur auf dem Feld des öffentlichen Umgangs mit Geschichte. Oder um es anders zu formulieren: Nicht, dass Geschichte politisch instrumentalisiert wird oder instrumentalisiert werden kann, ist insofern das Problem, sondern inwiefern die Öffentlichkeit einer Gesellschaft als Institution des Interessenabgleichs und der Präsentation alternativer Deutungsangebote von Geschichte funktionsfähig bleibt und in der Lage ist, die Lust der Politik an vordergründiger historischer Identitätsstiftung kritisch zu begleiten.

Der Versuch, aus der Beschäftigung mit der Geschichte möglichst einfache und nachvollziehbare politische Botschaften und Wertvorstellungen abzuleiten, mit denen sich Mehrheiten identifizieren können, steht notwendig in einem Spannungsverhältnis zu dem Bemühen, Geschichte in ihrer Komplexität und realen Widersprüchlichkeit zu vermitteln. Politische Gedenktage haben für diese beiden Formen des Umgangs mit Geschichte eine unterschiedliche

Funktion. Für die Historiographie und Bildungsarbeit bieten Jahres- und Gedenktage die Gelegenheit, ein gewachsenes historisches Wissen und Problembewusstsein über Publikationen, eine stärkere Präsenz in den Medien oder andere Formen der Präsentation in den Wahrnehmungsbereich einer größeren Öffentlichkeit zu rücken.

Demgegenüber bestehen die wichtigsten politischen Funktionen von Gedenktagen und der mit ihnen verbundenen öffentlichen Rituale nach Dietmar Schiller in "Staatsintegration, Identifikation mit dem politischen System, Konsensstiftung, Erschaffung von Massenloyalität und Stabilitätssicherung". Das politische Verwertungsinteresse an Geschichte richtet sich daher vor allem darauf, politische bzw. staatsbürgerliche Bindungen und Emotionen zu erzeugen, historische Ereignisse und Abläufe in politische Sinnzusammenhänge und Zukunftsmodelle einzuordnen oder die Rechtmäßigkeit einer politischen Ordnung zu begründen. Die politische Funktionalisierung des Gedenkens bedeutet daher immer auch, dass komplexe historische Geschehnisse und Abläufe vereinfacht bzw. auf bestimmte Kernaussagen reduziert werden. Geschichte wird dabei auf spezifische Weise "konstruiert", was neben der Simplifizierung und Glättung von Widersprüchen auch zu einer Verklärung von Geschichte in politischen Mythen führen kann. Politik und Wissenschaft stehen daher gewissermaßen in einem Dauerkonflikt, der jedoch gerade anlässlich von Jahrestagen eskaliert – unter anderem dann wenn die Wissenschaft ihre kritische Funktion hinsichtlich der Überwindung von Geschichtslegenden wahrnimmt.

Die Geschichte des öffentlichen Umgangs mit dem 20. Juli 1944 belegt dies sehr deutlich. Wenn führende bundesdeutsche Politiker in früheren Gedenkreden zur Erinnerung an den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 die politischen Vorstellungen der Verschwörer immer wieder zu einer Vorwegnahme der demokratisch-parlamentarischen Ordnung der Bundesrepublik stilisiert haben, so konstruierten sie damit eine politische Legende. Durch die Widerstandsforschung wurde nachhaltig belegt, dass die Neuordnungspläne der am 20. Juli beteiligten zivilen und militärischen Gruppen eher an nationalkonservative Traditionen anknüpften und in einer Reihe von Fragen eher antiliberaler und antiparlamentarischer Züge aufwiesen. Der stark am moralischen Gehalt des Staatsstreichsversuchs orientierte politische Umgang mit dem Widerstand in der Bundesrepublik hat mit seiner Symbolik vom "Aufstand des Gewissens" und von den "Märtyrern der Freiheit" lange Zeit den Blick auf die Differenziertheit der politischen Vorstellungen des Widerstandes und deren Dynamik verstellt. Der DDR-Antifaschismus kann in mehrfacher Hinsicht als eine in Konkurrenz zur Erinnerung an den 20. Juli 1944 stehende Mythenbildung über den kommunistischen Widerstand gedeutet werden.

Der 50. Jahrestag des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 im Jahre 1994 erlangte eine besondere Bedeutung, da es sich um einen der ersten wichtigen Gedenktage im vereinten Deutschland handelte. Mit diesem Datum bestand erstmalig nach 1989 die Chance, in einer breiten Öffentlichkeit an den gesamten Widerstand zu erinnern und die unterschiedlichen Erfahrungen einer vormals geteilten Erinnerungsarbeit in Ost und West zusammenzuführen. Diese Chance wurde weitgehend vertan. Vielmehr zeigten die im Umfeld des 50. Jahrestages stattfindenden Auseinandersetzungen wie schwierig eine deutsch-deutsche Verständigung auf dem Feld des Umgangs mit der Geschichte des deutschen Widerstandes zu erreichen ist.

Ausgelöst wurde die Debatte durch die von dem Sohn des Hitler-Attentäters Claus Graf Schenk von Stauffenberg erhobene Forderung, die Ausstellungseinheiten über Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck aus der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand zu entfernen. Damit wurde die öffentliche Wahrnehmung des Jahrestages durch eine Neuauflage der bereits in den 1980er Jahren ausgetragenen Kontroverse um die Einbeziehung des kommunistischen Widerstandes insbesondere des Nationalkomitees "Freies Deutschland" in das Gedenken an

die Opposition gegen Hitler dominiert. Dieser öffentliche Streit und der mit ihm einhergehende Versuch, den Widerstand erneut in einen "guten" und "bösen" zu segmentieren, waren symptomatisch für den damaligen Zustand der deutschen Vereinigungsgesellschaft.

Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck als Hauptvertreter der nach Moskau emigrierten KPD-Führung waren und sind keineswegs repräsentativ für den kommunistischen Widerstand im Innern des nationalsozialistischen Deutschland und dessen Entwicklung nach 1939. Insofern ging eine an diesen Namen festgemachte historische Bewertung des kommunistischen Widerstandes von vorneherein in die Irre. Beide KPD-Funktionäre und spätere DDR-Repräsentanten stehen vielmehr für die Tatsache, dass führende Kommunisten, die unter dem Nationalsozialismus verfolgt wurden, nach 1945 mit der DDR erneut eine Gesellschaft etablierten, die sich durch autoritäre Herrschaftsstrukturen und die Repression politisch Andersdenkender auszeichnete.

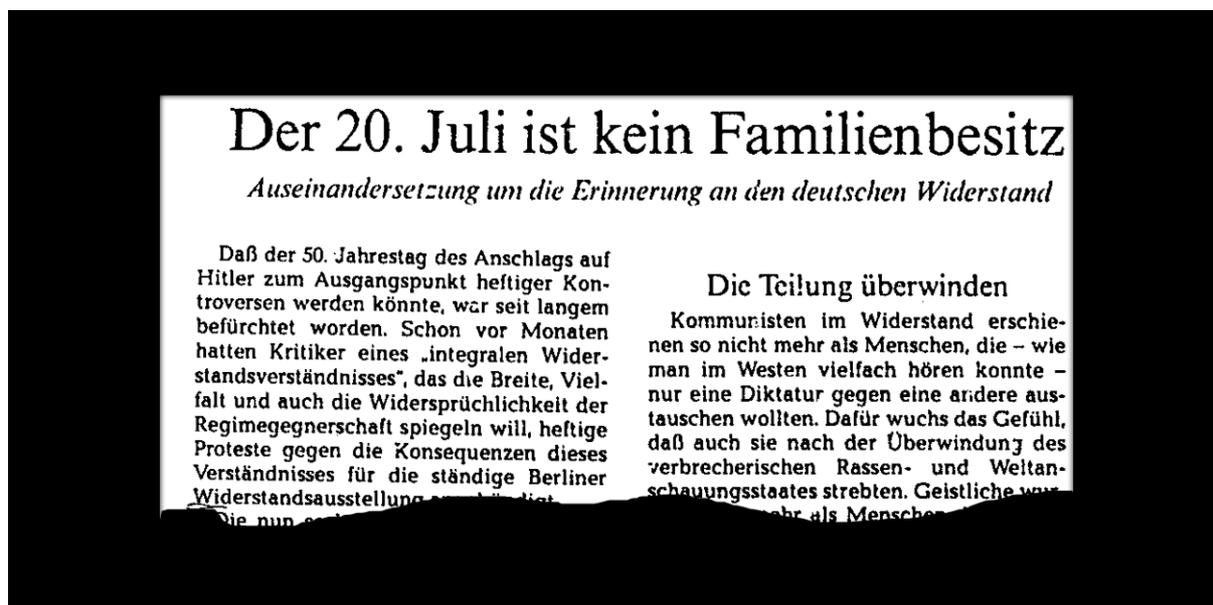
Im Mittelpunkt des Streits stand damit die Frage, in welcher Weise die Entwicklung nach 1945 in die politisch-moralische Beurteilung einzelner Bereiche des deutschen Widerstands einbezogen wird. Hier ließen sich vor allem die beiden folgenden konträren Positionen ausmachen:

Die eine, eher konservative Deutungslinie sah in der Erinnerung an den Widerstand, der weitestgehend mit dem 20. Juli 1944 gleichgesetzt wurde, eine Quelle positiver Identifikation und Wertsetzung in einer Gesellschaft, der es mehr und mehr an moralischen Leitbildern mangelte. In diesem auf ein neues nationales Selbstbewusstsein der Deutschen zielenden Deutung hatten der kommunistische Widerstand und dessen politische Vorstellungswelt keinen Platz. Die dabei angestrebte Teilung des Widerstandes entlang der moralischen Scheidelinie von Freiheit und Demokratie lief in der Konsequenz auf eine Harmonisierung des Geschichtsbildes hinaus, in dem die politischen Konstellationen und Brüche des 20. Jahrhunderts nur noch schemenhaft vorkommen.

Demgegenüber hielt die andere Interpretationslinie, die am deutlichsten in dem integralen Konzept der von Peter Steinbach wissenschaftlich geleiteten Gedenkstätte Deutscher Widerstand zum Ausdruck kam, am Gebot einer breiten und differenzierten Dokumentation des gesamten Widerstandes und seiner Deutung als einer sozial und politisch sehr heterogenen Bewegung fest. Als Pendant zu diesem pluralen Konzept fungierte ein sich seit den 1980er Jahren durchsetzendes modernes Gedenkstättenkonzept, das Geschichte in ihrer konkreten Widersprüchlichkeit dokumentiert und eher auf Lerneffekte als auf vordergründige moralische Identifikation setzte. In diesem Verständnis von der Widersprüchlichkeit historischer Bewegungen und Prozesse war die Darstellung des Scheiterns der aus der kommunistischen Tradition herrührenden antifaschistischen Vision unverzichtbar. Die mit den Namen von Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck verbundene Frage, wie und warum aus Antifaschisten Stalinisten wurden, gehörte für die damaligen Befürworter dieser Position unverzichtbar in das Bild vom deutschen Widerstand und dessen Folgewirkungen. Zudem bot sie gerade für die Ostdeutschen einen wichtigen Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte.

Die folgende Dokumentation bietet anhand von Pressezitaten einen Überblick über die Debatte des Jahres 1994 und die in ihr zu Wort kommenden unterschiedlichen Standpunkte. Aus heutiger Perspektive mag verwundern, wie hoch emotionalisiert und heftig diese Diskussion geführt wurde. Der mit ihr verbundene Versuch einer politischen Segmentierung des deutschen Widerstandes ist gescheitert. Zu erinnern ist somit an eine Schlacht, die bei künftigen Gedenktagen nicht mehr geschlagen werden muss.

Dokumentation



Tagesspiegel vom 20.06.1994 (Ausschnitt)

Der 20. Juli ist kein Familienbesitz. Von Peter Steinbach (wissenschaftlicher Leiter der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ zu Berlin). Der Tagesspiegel. 20.06.1994.

„Die nun so heftig ausgebrochene Kontroverse hat viele Vorteile. Sie zeigt vor allem, daß sich die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus nicht in den ‚politischen Besitz‘ einer Partei, einer kleinen Gruppierung von Nachfahren militärischer Regimegegner oder einer politischen Richtung verwandeln läßt. Dies müßte bedeuten, andere Gruppierungen auszugrenzen oder gar: sie zu diffamieren. Es gab viele Wege in den Widerstand, es gab Phasen einer graduellen Steigerung der Entschlossenheit, des Mutes und der Verzweiflung, die wir respektieren sollen. Beim Streit um den Widerstand geht es aber nicht allein um die Erinnerung. Es geht auch nicht allein um die Politik, die mit Geschichte gemacht wird. Sondern es geht darum, wie wir als Deutsche mit einer Widerstandsgeschichte zurechtkommen, die mit ihren Traditionen auch die deutsche Teilung spiegelt.“

Das integrierte Konzept. Von Peter Steinbach. Rheinischer Merkur. 24.06.1994.

„Bei der jüngsten Auseinandersetzung um die Darstellung des Widerstands geht es nur vordergründig um die Geschichte des Widerstands im NS-Staat – in Wahrheit geht es um einen Appell von interessierter Seite an Politik, Geschichtsbilder zu prägen; es geht somit auch um Einflußnahme auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen des Erinnerens an den Widerstand; und es geht um den Eingriff in ein zeitgeschichtliches Ausstellungskonzept, das sich in den vergangenen Jahren bewährt hat. [...] Die Kontroverse hat sich entzündet an der ständigen Ausstellung zur Geschichte des Widerstands in der ‚Gedenkstätte Deutscher Widerstand‘ zu Berlin. Hier ist seit 1983 ein Gesamtbild des deutschen Widerstands konzipiert und bis 1989 realisiert worden, das nicht nur Breite und Vielfalt, sondern auch die Widersprüchlichkeit

eines Widerstands erschließt, der Gegensatz *und* Produkt seiner Zeit war. Dieses Konzept spiegelte auch den Forschungsstand, der in den achtziger Jahren im Zuge einer sehr produktiven Differenzierung des Widerstandsbegriffs viele neue Bereiche widerständigen Verhaltens zu erschließen half – von der Jugendopposition über die Hilfe für Verfolgte bis zum Versuch, Regimegegnerschaft aus der Kriegsgefangenschaft heraus zu demonstrieren. Widerspruch gegen dieses ‚integrale Widerstandskonzept‘ blieb nicht aus. Kritiker forderten immer wieder eine politisch-pädagogisch begründete Unterscheidung ‚gut und böse‘, in totalitär und antitotalitär, in demokratisch und undemokratisch. Dem setzte und setze ich meine Absicht entgegen, mit Hilfe der Ausstellung die Widerstandsgeschichte in möglichst vielen Differenzierungen dokumentieren zu wollen. Ausstellungen schreiben keine ‚roten Fäden‘ des Erinnerns vor, sie erschließen Dimensionen der Vergangenheit. Sie sind Angebote und müssen daher Pluralität spiegeln.“

Keine Ehrung für Stalins Vasallen. Von Konrad Repgen (emeritierter Professor der mittelalterlichen und neuen Geschichte an der Universität Bonn). Rheinischer Merkur. 24.06.1994.

„Die meisten heute lebenden Menschen haben an den nationalsozialistischen Unrechtsstaat keine persönliche Erinnerung mehr. Aber die Hitler-Diktatur hat so tiefe Furchen in unsere Geschichte gezogen, dass auch nach fünfzig und sechzig Jahren die wissenschaftliche Erforschung dieser Zeit sich nicht als wertneutral zweckfreie Reflektion auf vergangene Ereignisse und Zusammenhänge verstehen kann. Umso mehr gilt dies für zeitgeschichtliche Museen und für Erinnerungsfeiern. Erinnerungsfeiern wollen und sollen Identität durch ein politisches Bekenntnis stiften, was ohne Bezug auf Werte nicht möglich ist. Aber auch zeitgeschichtliche Ausstellungen sollen und wollen mehr als abstrakte Wissensvermehrung betreiben. Es geht ihnen tatsächlich um Aufklärung durch Traditionsbildung. Der Besucher, besonders der junge Mensch, soll dort erfahren, welche Teile seiner eigenen Vergangenheit und der Vergangenheit seiner Eltern und Großeltern zustimmungsfähig sind oder nicht.“

„Keine Kumpanei mit Lumpen.“ Scharfe Kritik des Attentäter-Sohnes an der Berliner „Gedenkstätte Deutscher Widerstand.“ Von Eugen Georg Schwarz. FOCUS (26/1994), 27.06.1994. S. 33-36.

Franz Ludwig Graf Stauffenberg antwortet FOCUS auf die Frage: „Wie definieren Sie ‚Widerstand‘?“

„Wenn der Begriff Widerstand noch einen Sinn haben soll, wenn er nicht leer und damit sinnlos wird, kann es sich dabei ja wohl nur um solche Bewegungen und Anstrengungen handeln, die sich innerhalb des Machtbereichs Hitlers gegen den Nationalsozialismus gestellt und dabei das persönliche Risiko voll getragen, also ihr Leben eingesetzt haben.“

Franz Ludwig Graf Stauffenberg antwortet FOCUS auf die Frage: „Haben Sie den Eindruck, daß die Bedeutung des Widerstands Ihres Vaters geschmälert werden soll durch Gruppen, die auch nicht annähernd die Bedeutung der Verschwörung vom 20.Juli 1944 hatten, denen aber heute von bestimmten Historikern eine solche Bedeutung zugesprochen wird?“

„Die Gedenkstätte in ihrer heutigen Konzeption und Ausgestaltung ist sichtbar Produkt und Ausdruck des Zeitgeists der siebziger und achtziger Jahre. Damals suchte die Politik einen Ausgleich mit dem noch mächtigen sowjetischen Regime und der SED. Einer ganz typisch

deutschen Tradition folgend, haben sich dabei bestimmte Akademiker bemüht, zur Unterstützung der Entspannung gleich das ganze philosophisch-moralische Koordinatensystem zu verschieben. Das wäre an sich noch nicht so schlimm, wenn das nicht ausgerechnet unter der Protektion des Berliner Senats geschehen wäre."

Franz Ludwig Graf Stauffenberg antwortet FOCUS auf die Frage: „Der Anschlag Ihres Vaters galt dem Teufel, muß er sich heute die Gesellschaft von Beelzebub gefallen lassen?“
 „Für mich und meine Familie ist es mehr als schmerzlich zu sehen, wie ausgerechnet zum 50.Jahrestag des 20.Juli Julius Leber und Wilhelm Leuschner, Carl Goerdeler, Generaloberst Ludwig Beck und General Henning von Tresckow, Pastor Dietrich Bonhoeffer und Pater Alfred Delp und auch Stauffenberg – um nur einige wenige zu nennen – in die Kumpanei der Stalinisten Ulbricht und Pieck herabgezogen werden, auf das Niveau von Leuten bis hin zu Honecker, deren persönliche und politische Entwicklung vor und nach dem Zweiten Weltkrieg keinerlei Bruch erfahren hat. Schmerzlich aber ist dies alles auch deshalb, weil dadurch jener kleine Lichtblick in der deutschen Geschichte jener Zeit getrübt wird, der es uns Deutschen erlaubt, einen 50.Jahrestag, den des Attentats, aufrecht zu begehen.“

Wirbel um das Gedenken an den 20.Juli. Berliner Feier und Ausstellung im Kreuzfeuer. Von Christian Müller. Neue Zürcher Zeitung. 04.06.1994.

„Mit der Wiederentfaltung der alten Kontroverse zum jetzigen Zeitpunkt leistete Steinbach dem Gedenken an den 20.Juli einen Bärendienst; als Gedenkstättenleiter habe er sich disqualifiziert, meinte denn auch der von ihm besonders angegriffene Stauffenberg-Sohn. Steinbachs Konzept eines ‚integralen Widerstandsbegriffs‘, der weg von einseitiger Betrachtungsweise von nur Teilen der Opposition gegen Hitler loskommen wollte, hat ohnehin schon seit längerem fragwürdige Auswüchse produziert. Zunächst hatte der Versuch einer umfassenden Gesamtschau gewiss etwas für sich, nach der Konzentrierung wissenschaftlicher Forschung im deutschen Westen auf den bürgerlich-konservativen Widerstand sowie den 20.Juli und nach dem entgegengesetzten Trend im deutschen Osten zugunsten eines dann propagandistisch völlig überhöhten kommunistischen Widerstands. In den achtziger Jahren degenerierte dieser Ansatz jedoch zu einer solchen ‚gesamtdeutschen‘ Ambition, dass erneut die Gebote der Wissenschaft vielfach den Zwecken tagespolitischer Opportunität geopfert wurden. [...] Der ‚integrale Widerstandsbegriff‘ leistete dennoch generell dem Zerrbild einer zahlenmäßig solch enormen Widerstandsbewegung in einer Weise Vorschub, dass man sich gerade am D-Day-Jubiläum wundern könnte, weshalb schließlich noch alliierte Armeen zur Beseitigung Hitlers nötig waren. ‚Und als man ihn wiederfand, da war er im Widerstand‘, spottete nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs der Volksmund. Der Ansatz der ‚Integralisten‘ scheint heute ebenso überholt wie jede andere Ideologisierung dieses historischen Erbes; Steinbachs angedrohter Rücktritt nähme sich vor diesem Hintergrund konsequent aus.“

■ Im Kontext der Auseinandersetzungen um den 20. Juli sprechen einige von einem neuen Historikerstreit

Ein wenig mehr Toleranz gegenüber dem kommunistischen Widerstand!

In einer durch dpa gestern verbreiteten Äußerung hat Peter Steinbach, der Leiter der Berliner Gedenkstätte Stauffenberg, vor einem neuen Historikerstreit gewarnt, der sich an der Frage entzündet, ob die Kommunisten und insbesondere das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ zum Widerstand gegen Hitler gerechnet werden dürfen. Schon der „alte“ Historikerstreit hatte sich an Fragen entzündet, die von der aktuellen Forschung abstrahierten. Das gilt in noch viel stärkerem Umfang für die jetzt aufbrechende Debatte, die von rechts mit dem Ziel geführt wird, die letzten Reste des Sowjetsystems aus den Köpfen

nicht als Helfershelfer Moskaus, sondern als deutsche Patrioten verstanden. Unter den gegebenen Bedingungen, zu denen die 1943 nicht auszuschließende Bereitschaft Stalins gehörte, einen Sonderfrieden mit einem Deutschland ohne Hitler einzugehen, mußten diese, wie die NS-Presse sie nannte, „Moskauer Komplizen des Verbrechers Stauffenberg“ den Versuch machen, sich mit der Sowjetunion zu arrangieren. Daß dies nicht leichthin geschah, sondern erst nach schwerem innerem Ringen, ist übereinstimmendes Ergebnis der Forschungen derjenigen Historiker, die sich mit der Geschichte dieser Teilzeit

Tageszeitung vom 15.06.1994 (Ausschnitt)

Den Teufel Hitler mit dem Beelzebub Stalin austreiben? Zum Konflikt über das Nationalkomitee Freies Deutschland in der Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“. Von Peter Steinbach. Frankfurter Rundschau. 04.07.1994.

„Viele der Tendenzen, die bis heute in den Diskussionen über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu spüren sind, bündelten sich seit etwa fünf Jahren in den Versuchen, die ‚Erwähnung‘ des Nationalkomitees Freies Deutschland in der Ausstellung zu verhindern, die als Teil der Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Sommer 1989 endgültig eröffnet worden ist. Als Methode dieser Auseinandersetzung sind politische Pressionsversuche, Leserbrief- und Briefkampagnen, Artikelfolgen und schließlich öffentliche Proteste nachweisbar, die in einer idealtypisch anmutenden, verdichteten Weise die immer wieder in der Nachkriegszeit aufzeigbaren Urteile über das NKFD artikulieren und sich eng mit der Kritik des Widerstands und des Exils verbinden konnten. Die meisten Proteste erfolgten ohne jede Kenntnis der in der Ausstellung ausgestellten Objekte und Betextung, bedienten sich aber vielfach der Stereotype, die der u.a. in rechtsextremistischen Zeitschriften publizierende Strasser zu Beginn der sechziger Jahre bereits formuliert hatte: ‚Das Nationalkomitee als Keimzelle der DDR.‘ [...] Die Auseinandersetzung über die Darstellung des Nationalkomitees in der Widerstandsausstellung zeigt in exemplarischer Weise, in welchem geringem Maße der Kampf gegen den Nationalsozialismus selbst von denen anerkannt wird, die historisch argumentieren. Die zunehmend in den Mittelpunkt gerückten Auseinandersetzungen über Widerstandsdefinitionen entspringen dabei weniger der Bemühung um eine angemessene historische Begrifflichkeit, als vielmehr dem Wunsch durch die Verengung von angeblich wissenschaftlichen Definitionen Widerstandsbereiche aus dem Gesamtspektrum der Gegnerschaft zu verdrängen und auf diese Weise auch aus der Berliner Ausstellung auszugrenzen. Am Ende soll nicht die Beschäftigung mit allen Bereichen des Widerstands stehen, sondern die Auslöschung einzelner Gruppen aus der Geschichte antinationalistischer Gesamtgegnerschaft durch Nichterwähnung.“

Die Tat hat es doch gegeben. Auch der Streit um den 20.Juli spricht für dessen Bedeutung. Von Caroline Neubaur. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 05.07.1994.

„Die Geschichte der jüngsten Querelen um den 20.Juli zeigt, daß sie den Anfang einer zweiten, nun ernstlich beginnenden Nachkriegszeit markieren. Nun gibt es Deutschland wieder, und jetzt geht der Streit um Deutschland wieder los. Unmittelbar nach dem Krieg gab es diesen Streit noch, aber dann wurde er durch den Schematismus vom ‚anderen Deutschland‘ ausgeblendet. Jetzt könnte er wieder real sein. Jede Gruppierung, jede Partei könnte darauf aus sein, Deutschland zu vertreten und das deutsche Nationalgedenken für sich in Anspruch zunehmen. Daß diese partei- und familienpolitischen Querelen jetzt hochkommen, hat damit zu tun, daß wir heute erstmals unrhetorisch von Deutschland sprechen können. Weil aber dieses Land gleichzeitig ein derart zerklüftetes Bild bietet, liegt es auch nahe, rhetorisch von Deutschland sprechen und etwas als deutsche Nationaltradition in Anspruch nehmen zu wollen, dessen man sich nicht zu schämen braucht. So ist, ähnlich wie kurz nach dem Krieg, der 20.Juli wieder zu etwas geworden, was der entlastenden und beschwörenden deutschen Besinnung gelten soll. Nach 1945 war es wichtig, den 20.Juli als das andere Deutschland zu haben. Heute ist es wichtig, ihn als das eigene Deutschland zu erkennen. Daß der 20.Juli heute wieder so wichtig geworden ist, liefert im nachhinein eine Bestätigung dafür, daß er tatsächlich das nationale Bewußtsein betraf. Es war eine Sache, die ganz Deutschland anging. Von daher ist es nur Rechtens, wenn der 20.Juli heute zum Gegenstand eines ganz Deutschland betreffenden Symbolstreits wird. Da läßt sich nichts verkleinern.“

Was geht uns der 20.Juli an? Der Widerstand war nicht bloß ein ‚Aufstand des Gewissens‘. Er bleibt aktuell. Von Hans Mommsen (Professor für Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum). Wochenpost. 07.07.1994.

„Der deutsche Widerstand gegen Hitler in allen seinen Verzweigungen ist kein Gegenstand einfacher Identifikation geschweige denn nationaler Identifikation. Er ist immer wieder eine Herausforderung, und als solche sollte er unsere politische Kultur befruchten, nicht aber, wie es in den frühen fünfziger Jahren noch war, wechselseitigen politischen Ideen als erprobtes Legitimationsmuster dienen. Es ist nicht leicht, nach fünfzig Jahren zu sagen, was denn nun eigentlich die langfristig weiterwirkenden Elemente gewesen sind, die den Widerstand gegen Hitler zu einem, wie es heute noch deutlich zu betonen ist, gemeinsamen Element der nationalen und in mancher Hinsicht vielleicht auch der europäischen Tradition machen. Es wäre sicher verfehlt, die verschiedenen Strömungen des deutschen Widerstandes in eine unmittelbare Kontinuität mit der deutschen Nachkriegspolitik und den beiden politischen Systemen zu bringen. Das gilt nicht einmal für die Strömungen, die sich an die späte Weimarer Republik anschlossen. Der kommunistische Widerstand beispielsweise ist nur ausnahmsweise in dem späteren SED-Staat repräsentiert gewesen, obwohl er sich auf diese Tradition beständig berief. Die Nachkriegssysteme beider Seiten Deutschlands sind vielmehr von einem Personal aufgebaut worden, das seine politische Prägung in der Übergangsphase der Weimarer Republik erhalten hat. Die Gruppierungen des deutschen Widerstandes dagegen sind nicht von entscheidender Bedeutung gewesen. [...] Die Sicht des Widerstandes nach dem zweiten Weltkrieg enthielt und enthält eine eigentümliche deutsche Spaltung, wobei das Pendel der östlichen Seite nicht nur nach Osten ausschlug, sondern der Westlichen Seite auch etwas gegeben hat. In der Suche nach der Einheit des Widerstandsbegriffs zeigt sich vielleicht auch, inwieweit es gelingt, zur wirklichen Einheit der deutschen Nation vorzudringen. Beide Pole des Widerstandes, der linke wie der rechte, gehören zur Tradition der deutschen Nation.“

Streit um das Gedenken zum 20. Juli

Gehören Ulbricht und Pieck in die Reihen des Widerstandes?

fy. BONN, 27. Juni. Wenige Wochen vor dem 50. Jahrestag des Attentats gegen Hitler am 20. Juli 1944 ist offener Streit darüber ausgebrochen, ob zusammen mit den Verschwörern um Oberst Graf Stauffenberg und Henning von Tresckow auch Ulbricht und Pieck geehrt werden sollen, weil sie von Moskau aus gegen Hitler agitierten. Dies ist der Kern eines Streites zwischen den Überlebenden des 20. Juli und dem Leiter der „Gedenkstätte 20. Juli 1944“ in Berlin, Professor Steinbach. Er bezieht auch die kommunistischen Gegner sowie die Angehörigen des von

so werde sie auch wertlos. „Ulbricht und Pieck, die Steinbach mit ihren Bildern für ihren angeblichen Widerstand wertfrei ehrt, haben nicht für die Freiheit, das Recht und die Ehre gekämpft. Sie haben nach dem Krieg Millionen Landsleute unterdrückt und der Freiheit beraubt, Tausende in den Tod getrieben, Hunderttausende verjagt und eigene Parteigenossen den stalinistischen Säuberungen ausgeliefert oder Hitlers Schergen zugetrieben. Sie sind keine Helden des Widerstands, sondern sie haben Helden des Widerstands, die ihre eigene Partei verraten.

F.A.Z. vom 28.06.1994 (Ausriss)

Ein Anschlag auf den Widerstand. Von Karl-Heinz Janßen. Die Zeit. 08.07.1994.

„Noch wurden die Bilder von Pieck und Ulbricht nicht abgehängt; auch der sowjetische Film über die Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland liegt weiter im Kassettenregal. Aber aufgepaßt – die Restauration marschiert! Schon vor einem Jahr, als Bundesverteidigungsminister Rühle dort, wo Oberst Claus Graf Stauffenberg den Aufstand gegen Hitler plante und in der Nacht zum 21. Juli erschossen wurde, seinen zweiten Amtssitz aufschlug, hat er sich empört, weil an diesem Orte (genaugenommen: zwei Stockwerke höher) DDR-Machthaber geehrt würden. Auf dem rechten Auge ist er blind – immer noch tragen 30 seiner Kameraden die Namen von Nazioffizieren.

Dokumentationszentren sind keine Ehrenmahle. [...] Unter Verleumdung, sei es aus Absicht oder Ignoranz, fällt auch der Vorwurf, die Widerständler hinter Stacheldraht seien nicht zum Risiko bereit gewesen, das eigene Leben zu opfern. Dabei sind viele Antifa-Kämpfer Seite an Seite mit sowjetischen Soldaten an der Front gefallen oder hinter den deutschen Linien fusiliert worden. Und die Familien gefangener Widerstandsgeneräle wurden genauso Opfer der Sippenhaft wie die Angehörigen des 20. Juli. Und worin unterscheiden sich eigentlich die Rundfunkkappelle des in Rußland gefangenen General Korfes an die Deutschen von den Botschaften Thomas Manns im BBC oder denen der Kriegsgefangenen, die beim britischen Propaganda-„Soldatensender Calais“ mitarbeiteten?“

Es geht um den ganzen Widerstand. Offener Brief des Hamburger Politologen Peter Reichel an den Berliner Regierenden Eberhard Diepgen. die tageszeitung. 08.07.1994.

„Die ständige Ausstellung in der Berliner Gedenkstätte bemüht sich seit Jahren, diese geteilte und verzerrte Sicht auf den deutschen Widerstand gegen Hitler zu überwinden. Sie hat damit einer öffentlichen Aufgabe vorgearbeitet, die nun – unversehens – ganz oben an der politischen Tagesordnung steht. Im vereinten Deutschland soll nun endlich auch im politischen Geschichtsbewußtsein zusammenwachsen, was zusammengehört, die Vorgeschichte der beiden deutschen Nachfolgestaaten des Großdeutschen Reiches. Lassen Sie nicht zu, sehr geehrter Herr Diepgen, daß die in der Gedenkstätte geschaffenen Voraussetzungen für diese politisch-kulturelle Integrationsaufgabe zerstört und unsere Widerstandsgeschichte abermals in eine böse totalitäre und in eine gute antitotalitäre auseinanderdividiert wird.“



Die Welt vom 28.06.1994 (Ausschnitt)

Was die Bundeswehr den Offizieren des Widerstands zu danken hat. Von Volker Rühle. Welt am Sonntag. 10.07.1994.

„Das Attentat auf Hitler, die Beweggründe für Kampf und Widerstand gegen den Diktator, der Mit und die Opferbereitschaft, für Freiheit und Recht, für Menschenwürde und Frieden einzutreten – all dies macht uns heute die geistigen und moralischen Grundlagen unseres Staates bewusst. [...] Die Tat, die für immer mit dem 20. Juli verbunden bleiben wird, darf dennoch nicht den Blick verengen für die Breite und Vielfalt des Widerstandes gegen das Regime, den es im Militär, im Beamtentum, in der Arbeiterschaft und im Adel, in den Kirchen und unter Studenten gab. [...] Historische Darstellung ist allerdings zu unterscheiden von moralischer Bewertung – gemessen an den verfolgten Zielen und an unverzichtbaren Wertmaßstäben. Die kommunistischen Gründer der DDR haben gegen Hitler gekämpft und dennoch keine bleibenden Lehren für die Zukunft daraus gezogen. Sie errichteten in Deutschland eine zweite Diktatur. Der formelhafte ‚Antifaschismus‘ des SED-Regimes war Deckmantel für neue Unterdrückung, neue Verbrechen. Ulbricht, Pieck und andere kommunistische Machthaber tragen die Verantwortung für das Sterben an der Mauer und in den Ge-

fängnissen der DDR. Die Bundeswehr als Armee des demokratischen und vereinten Deutschlands kann und will diesen Namen kein ehrendes Gedenken bewahren.“

Das Attentat der Konservativen. Auch Kommunisten, Nonkonformisten, Christen und Deserteure gehören zum Widerstand. Von Manfred Messerschmidt (Militärhistoriker). Die Woche. 14.07.1994.

„Die Bundeswehr gedenkt sich mir Wachbataillon und Ehrenkompanie in Szene zu setzen. Niemand wird sich zwar daran erinnern wollen, daß es gerade das Berliner Wachbataillon des Major Otto-Ernst Remer war, das bei der Vereitelung des ‚Walküre‘-Plans – des Staatsstreiches, der dem Attentat vom 20.Juli hatte folgen sollen – eine so verderbliche Rolle gespielt hat. Kenner des Traditionsverständnisses der Bundeswehr aber werden sich gedrängt fühlen, Fragen zu stellen. Erinnert werden könnte an die jahrelangen vergeblichen Bemühungen um die Umbenennung der Füssener Generaloberst-Dietl-Kaserne [...]. Dietl, Nazi der ersten Stunde, darf als Beispiel dafür gelten, wie aussichtslos die Versuche der Widerstandskämpfer unter den Militärs waren, gerade jene Befehlshaber gegen Hitler zu gewinnen, die vielleicht auf die Mitwirkungsbereitschaft ihrer Soldaten hätten bauen können. Mit welchen Gesinnungen in der Generalität zu rechnen war, hat nach dem Krieg der einstige Präsident des Reichskriegsgerichts, Admiral Bastian, unmißverständlich erkennen lassen, als er in seinen Erinnerungen formulierte, der Widerstand habe an den Grundfesten von Treu und Glauben in unserer Wehrgemeinschaft gerüttelt: ‚ein Delikt, für das es in einem gesund empfindenden Volk wohl niemals eine anerkennende Erklärung, geschweige denn eine Entschuldigung gegeben hat und wohl auch nie geben dürfte.‘ Dietl gehört zu diesen ‚gesund empfindenden‘ Generälen. Solange er Namenspatron der Kaserne in Füssen bleibt, akzeptiert die Bundeswehr nicht, daß der Krieg, den die Wehrmacht führte, der Krieg des nationalsozialistischen Deutschland gewesen ist. Es gab nicht den ‚sauberen Krieg‘ der Wehrmacht und den schmutzigen der Nazis: Es gab nur einen Krieg. Dieser Krieg mit seinen großen militärischen Anfangserfolgen hat es jeder Opposition lange Zeit schwer gemacht, sich zu einer Aktion durchzurufen.“

Sie erhoben sich, weil sie die Morde nicht dulden wollten. Die Verfolgung der Juden als Motiv des 20.Juli. Von Peter Hoffmann. Frankfurter Allgemeine. 15.07.1994.

„Zu den Mechanismen, mit deren Hilfe man sich mit diesem schrecklichsten Teil der deutschen Geschichte auseinandersetzen kann, gehört neben Leugnen und Verdrängen auch die Belastung aller damals lebenden Deutschen mit der Mitschuld. Man bezieht also in solche Gleichmacherei selbst diejenigen Deutschen ein, die, gerade weil sie die Ermordung der Juden nicht dulden wollten, ihr Leben unter Qualen hingeben mußten. Man wirft ihnen vor, sie seien ebenso antisemitisch eingestellt gewesen wie die ganze deutsche Gesellschaft und also gleichermaßen verantwortlich für die mit ‚Auschwitz‘ bezeichneten Verbrechen und daß die ‚Judenpolitik‘ der nationalsozialistischen Diktatur ‚Bei denjenigen, die später als Opposition hervortraten nur insofern auf prinzipielle Ablehnung stieß, als Krawalle und Gewaltanwendung nicht als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele galten‘ (Christof Dipper). [...] Wie wenig zutrifft, daß die ‚Judenpolitik‘ des nationalsozialistischen Regimes ‚bei denjenigen, die später als Opposition hervortraten, nur insofern auf prinzipielle Ablehnung stieß, als Krawalle und Gewaltanwendung nicht als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele galten‘, zeigt gerade das Verhalten Goerdelers. Er ist nicht nur beim ‚Boykott‘ am 1.April 1933 per-

sönlich im jüdischen Geschäftsviertel seiner Stadt den Übergriffen der SA entgegengetreten, sondern wehrte sich in den folgenden drei Jahren gegen jede einzelne antijüdische Verwaltungsmaßnahme. Er wehrte sich jahrelang gegen alle Versuche der örtlichen Parteiführer, insbesondere des nationalsozialistischen Ersten Bürgermeisters Rudolf Haake, nach Juden benannte Straßen umbenennen und das Denkmal vor dem Gewandhaus entfernen zu lassen, das 1892 für dessen Direktor, Felix Mendelssohn Bartholdy, errichtet worden war.“



Neue Zürcher Zeitung vom 4.06.1994 (Ausriss)

Widerstand hat viele Namen. Betrachtungen zum 50. Jahrestag des Attentats auf Hitler. Von Hans Mommsen. Süddeutsche Zeitung. 16.07.1994.

„Es wäre daher eine Verzeichnung, wenn man aus diesem polaren Bild des deutschen Widerstands die deutschen Kommunisten herausnehmen wollte, so wenig bezweifelt werden darf, daß sie sehr weitgehend vor den Karren der stalinistisch geprägten Kominternpolitik gespannt waren. Allerdings hatten die kommunistischen Untergrundorganisationen im Reichsgebiet durchaus eigenständige Vorstellungen von der Verfassung eines künftigen sozialistischen Deutschland und übernahmen übrigens auch nicht immer die Programmatik des 1943 gegründeten ‚Nationalkomitees Freies Deutschland‘. [...] Es wäre verhängnisvoll, wollte man im

nachhinein einzelne Richtungen aus der Einheit des deutschen Widerstands gegen Hitler ausklammern. Vielmehr sollte alles getan werden, um gerade in dieser Hinsicht der deutschen Spaltung entgegenzuwirken. Denn anders als in Westdeutschland sind viele Ostdeutsche geneigt, im Antifaschismus etwas Positives zu sehen – unter dem sie mehr verstehen als die geläufige kommunistische Propagandaformel, nämlich die Fülle der Widerstandsbewegungen gegen das Regime. Für sie stellte der Antifaschismus der SED, so verlogen er war, doch die Hoffnung auf die Chance einer Liberalisierung des Systems dar, eine Art nicht eingelösten Versprechens der SED, zu einer freien Gesellschaft zurückzukehren. Nicht weniger bedauerlich ist, daß die Erinnerung an den 20.Juli 1944 heute einem Wahlkampffieber zu erliegen droht. Im Vorfeld des Gedenktags hat der Streit über die Ausstellung der Gedenkstätte deutscher Widerstand in Berlin zu einer fragwürdigen Emotionalisierung geführt, die von der eigentlichen Aufgabe wegführt. Statt zur Einheit der Demokraten beizutragen, droht die unterschiedliche Wertung des kommunistischen Widerstands sie zu spalten. Es wäre besser, sich von einer moralischen Geschichtsansicht zu lösen und den Widerstand als zeitgebundene Gegenmöglichkeit der deutschen Gesellschaft in allen ihren Varianten zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu begreifen.“

Die symbolische Tat. Von Joachim Fest (Auszug aus dem Schlusskapitel des Buches: „Staatsstreich. Der lange Weg zum 20.Juli. Siedler, 1994.)Frankfurter Allgemeine. 16.07.1994.

„Wenn es so etwas wie ein Vermächtnis des Widerstands gab, war es der antitotalitäre Konsens, der die politischen Lager der Bundesrepublik über alle Grundsatz-Kontroversen der Anfangsjahre hinweg verband. Er ging nicht allein auf den Widerstand im engeren Sinne zurück als vielmehr auf die Erfahrung der Geschichte, hat aber von ihm seine anschaulichste Bekräftigung erhalten. Als Wilhelm Leuschner am 29.September 1944 starb, rief er unmittelbar vor der Hinrichtung: ‚Einigkeit!‘ Der alte gewerkschaftliche Kampftruf beschwor jetzt zugleich eine Gemeinsamkeit, die in Weimar verlorengegangen und selbst zwischen den Gruppen des Widerstands nur unter Schwierigkeiten gefunden worden war. Sie hat bis zu Beginn der siebziger Jahre als verbindendes Element gewirkt, ehe sie von einer jüngeren Generation, die auf der Zurückweisung der Geschichte und ihrem Recht zur Unwissenheit bestand, in Frage gestellt wurde.“

Die Empörung stand am Anfang allen Handelns. Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft. Von Marianne Meyer-Krahmer, geb.Goerdeler. Der Tagesspiegel. 19.07.1994.

„Sehr anders sind meine Erfahrungen mit Publikationen von Historikern. Seit 1984 – und gehäuft in diesem Jahr – listen weite Kreise der Fachwelt mit Vorliebe Defizite des ‚20.Juli‘ auf. Angeprangert werden ‚der späte Beginn‘ und die angebliche Nähe ihrer Vorstellungen zum Nationalsozialismus. Manchmal wird ihnen geradezu Widerstandsqualität abgesprochen. So jüngst der israelische Historiker Frank Stern auf einer Potsdamer Konferenz. Einig ist man sich darin, daß vom ‚20.Juli‘ zur Gegenwart keine Brücke führt. [...] Könnte nicht zunächst die Terminologie überprüft werden? Schon Begriffe wie ‚partielle Kooperation‘, ‚Affinität zum NS‘ sollten vorsichtiger verwandt werden; sie sind in Gefahr, zu formelhaften Halbwahrheiten zu werden. Für unglücklich halte ich die Etikettierung der Männer des 20.Juli als ‚national-konservativ‘. In Diskussionen versichert man zwar, dieser Ausdruck sei nur de-

skriptiv, nicht denunziatorisch gemeint. Das hat mich aber noch nie überzeugen können. Ich weiß, daß bei Begriffen Konnotationen mitschwingen. ‚National‘ zu sein, gilt heute als ebenso verpönt wie ‚konservativ‘. So wirkt die Verdopplung im Sinne einer negativen Verstärkung, ungeübte Zuhörer übersetzen sich diesen Ausdruck mit ‚erzreaktionär‘. Von hier bis zu der Einschätzung: ‚das waren Leute, die für uns heute keine Bedeutung mehr haben‘, ist es dann nur ein Schritt.“

Das unerhörte Datum – der kleinliche Streit. Von Hermann Rudolph. Der Tagesspiegel. 19.07.1994.

„Der Rang des 20. Juli wird nicht dadurch erhöht, daß man Aktion und Akteure auf einen Sockel der Unangreifbarkeit hebt. Ohnedies gehört es zu den Schwierigkeiten des Verhältnisses zu ihnen, daß sie, bezogen auf die Gegenwart, unzeitgemäß bis zur Fremdheit wirken. So sehr es zutrifft, daß diese Tat eines der ganz raren Elemente positiver Traditionsbildung darstellt, die der Bundesrepublik aus der großen Geschichtskatastrophe des Dritten Reiches zugewachsen sind, so schwer ist es der Nachkriegszeit gefallen, dieses Erbe anzunehmen. Und möglicherweise sind es gerade die wohlgemeinten Versuche gewesen, den 20. Juli nationalpädagogisch in Anspruch zu nehmen und ihn als Eckstein der Nachkriegsdemokratie zurechtzuschleifen, die die manchmal fast wütende Verständnislosigkeit gegenüber seinen politischen Zielen und Leitvorstellungen erzeugt haben.“

Die Ehre. Der 20. Juli und seine Feinde. Von Jens Jessen. Frankfurter Allgemeine. 20.07.1994.

„Die deutsche Linke versucht dieser Tage ein Monopol auf den antifaschistischen Widerstand zu verteidigen, das sie für unangreifbar hielt. Zu seiner dauerhaften Sicherung braucht sie allerdings das kollektive Schuldgefühl der bürgerlichen Gesellschaft und die moralische Beschädigung der bürgerlichen Institutionen. Darum erregt sie nichts so sehr wie die berühmten Worte Henning von Tresckows, die den symbolischen Wert des Attentats für den Fall des Scheiterns bestimmt haben: Es müsse schon deswegen gewagt werden, um die Ehre eines verstörten und verblendeten Volkes zurückzugewinnen. Auch die Besetzer zitieren das Wort mit besonderem Haß. Es ist nun in der Tat schwer zu sagen, was die Ehre eines Volkes ausmacht, ob und wie sie zurückzugewinnen ist. Der Erfolg der linken Strategie beruhte deshalb darauf, daß es ihr in der Zeit der alten Bundesrepublik gelang, den Begriff der Ehre überhaupt zu denunzieren und schließlich aus dem Bewußtsein des Volkes zu entfernen.“